

**TOP Ib Gesundheits-, Sozial- und ärztliche Berufspolitik: Aussprache zur Rede des Präsidenten und zum Leitantrag - Allgemeine Aussprache zur aktuellen gesundheitspolitischen Gesetzgebung**

**Titel:** Situation Arzneimittelengpässe - Arzneimittelversorgung sicherstellen

**Beschlussantrag**

**Von:** Dr. Jörg Böhme als Abgeordneter der Ärztekammer Sachsen-Anhalt  
Thomas Dörrer als Abgeordneter der Ärztekammer Sachsen-Anhalt  
Dr. Caroline Gerdes als Abgeordnete der Ärztekammer Sachsen-Anhalt  
Dr. Frank Lautenschläger als Abgeordneter der Ärztekammer Sachsen-Anhalt  
Prof. Dr. Hermann-Josef Rothkötter als Abgeordneter der Ärztekammer Sachsen-Anhalt  
PD Dr. Christine Schneemilch als Abgeordnete der Ärztekammer Sachsen-Anhalt  
Henrik Straub als Abgeordneter der Ärztekammer Sachsen-Anhalt  
Prof. Dr. Uwe Ebmeyer als Mitglied des Vorstands der Bundesärztekammer

**DER DEUTSCHE ÄRZTETAG MÖGE BESCHLIESSEN:**

Der 127. Deutsche Ärztetag 2023 fordert die Umsetzung eines Kurswechsels im Gesundheitswesen, weg von ausschließlicher Effizienz hin zu belastbarer und effektiver Arzneimittelversorgung. Instrumente zur Preisregulierung auf nationaler Ebene (Rabattverträge, Importquoten) müssen sinnvoll angepasst werden.

Der 127. Deutsche Ärztetag fordert, die Wirkstoffherstellung in Europa nachhaltig zu etablieren, um die Versorgung und Qualität der Substanzen, aber auch den Umwelt- und Arbeitsschutz, zu sichern.

Der 127. Deutsche Ärztetag fordert, die schnelle Etablierung eines Verzeichnisses über notwendige Wirkstoffe, Darreichungsformen und Mengen, sowie von Strukturen zur Bewirtschaftung von Reserven dieser gelisteten Arzneimittel.

**Begründung:**

Seit Jahren bestehen Lieferengpässe bei wichtigen Arzneimitteln und Impfstoffen. Der bisherige Höhepunkt wurde während der Infektionswelle im Herbst/Winter 2022/23 erreicht. Als die Versorgung mit Husten- und Fiebersäften immer schwieriger, nahezu unmöglich wurde, präsentierte das Bundesministerium für Gesundheit, unter der Führung von Professor Lauterbach, einen ersten Lösungsversuch, der zwischenzeitlich nachgebessert

Angenommen:  Abgelehnt:  Vorstandsüberweisung:  Entfallen:  Zurückgezogen:  Nichtbefassung:

Stimmen Ja: 126

Stimmen Nein: 40

Enthaltungen: 33

ANGENOMMEN

wurde und im Bundeskabinett als Gesetzentwurf zur Bekämpfung von Lieferengpässen mündete. Dieses sieht die Abschaffung der Fest- und Rabattverträge bei Kinderarzneimitteln und die einmalige Anhebung des Abgabepreises vor. Zumindest Antibiotikaanbieter könnten dem Entwurf nach bei der Ausschreibung von Kassenverträgen zukünftig besser berücksichtigt werden, wenn deren Wirkstoffproduktion in Europa liegt. Positiv ist auch, dass der Aufbau von 3-Monats-Reserven zumindest für wichtige Medikamente geplant ist und ein Frühwarnsystem etabliert werden soll.

Erhebliche Versorgungsengpässe bestehen jedoch nicht nur bei Kinderarzneimitteln oder Antibiotika, sondern auch bei anderen lebenswichtigen bzw. erheblich therapie relevanten Medikamenten, wie Antihypertensiva, Antidiabetika einschließlich Insulinen, Chemotherapeutika, Antiepileptika und Antiarrhythmika. Diese sind nur extrem verzögert oder in nicht ausreichenden Mengen verfügbar.

Für die Ärzte- und Apothekerschaft ist die tägliche Kompensation dieser Mängel- und Missstände mit einem zusätzlichen hohen Aufwand verbunden, der der eigentlichen Patientenversorgung wichtige Ressourcen entzieht, um die Therapien am Laufen zu halten. In Zeiten fehlender therapeutischer Arbeitszeit ein fataler Zustand.

Die Patienten haben - durchaus berechtigt - Ängste und verlieren das Vertrauen in unser Gesundheitssystem. Diese Mängel können für sie, schlimmstenfalls, schwerwiegendere Therapiemaßnahmen nach sich ziehen sowie den Verlust von Lebensqualität oder gar Lebenszeit zur Folge haben.